

Margitta von Schwartzberg

# Sechste Direktwahl zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland am 13. Juni 2004

*Dieser Beitrag knüpft an den Aufsatz an, der vor der Europawahl 2004 in dieser Zeitschrift<sup>1)</sup> erschienen ist. Während in dem Beitrag vor der Wahl sowohl die europäischen als auch die modifizierten deutschen Rechtsgrundlagen für die Vorbereitung und Durchführung der Europawahl sowie Einzelheiten des Wahlrechts und -verfahrens in der Bundesrepublik Deutschland – auch im Vergleich zum Wahlrecht anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) – und die Ergebnisse früherer Europawahlen behandelt wurden, soll in diesem Aufsatz das endgültige Ergebnis der Europawahl am 13. Juni 2004 in der Bundesrepublik Deutschland dargestellt werden. Nach einleitenden Ausführungen über die eingereichten Wahlvorschläge schließen sich Einzelheiten über Wahlberechtigte und Wähler, ungültige und gültige Stimmen sowie über die Sitzverteilung an.*

## 1 Endgültiges Ergebnis

Der Bundeswahlleiter hat am 14. Juni 2004 um 1.00 Uhr das vorläufige amtliche Endergebnis der sechsten Direktwahl der 99 Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 13. Juni 2004<sup>2)</sup> bekannt gegeben. Dies war das „schnellste“ vorläufige Ergebnis seit der deutschen Vereinigung, nachdem um 0.39 Uhr der letzte Wahlkreis (Leipziger Land) seine Zahlen übermittelt hatte. In der Zeit vom 14. Juni bis 2. Juli 2004 sind von den Stadt- und Kreiswahlausschüssen für die kreisfreien Städte und Landkreise und von den Landeswahlausschüssen für die einzelnen Bundesländer die endgültigen Ergebnisse festgestellt worden. Der Bundeswahlausschuss hat in seiner Sit-

zung am 6. Juli 2004 das endgültige Ergebnis der Europawahl 2004 für die Bundesrepublik Deutschland festgestellt.

Das Informationsangebot des Bundeswahlleiters im Internet unter <http://www.bundeswahlleiter.de> enthält alle Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen sowie die Landesergebnisse der Europawahl 2004 in der Bundesrepublik Deutschland.

## 2 Wahlvorschläge

Im Gegensatz zu Bundestagswahlen können bei Europawahlen Wahlvorschläge nicht nur von Parteien, sondern auch von sonstigen politischen Vereinigungen mit Sitz, Geschäftsleitung, Tätigkeit und Mitgliederbestand in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union eingereicht werden. Die Einzelheiten regeln mangels eines einheitlichen europäischen Wahlrechts das Europawahlgesetz (EuWG) und die Europawahlordnung (EuWO). Danach können entweder Listen für einzelne Bundesländer (Landeslisten) oder gemeinsame Listen für alle Länder (Bundeslisten) aufgestellt werden. Anders als bei Bundestagswahlen sind Einzelbewerber bei Europawahlen nicht zugelassen.

Listen für ein Land waren dem betreffenden Landeswahlleiter bis 8. April 2004, gemeinsame Listen für alle Länder dem Bundeswahlleiter bis spätestens 6. April 2004, jeweils 18 Uhr, einzureichen. Über die Zulassung der eingereichten Listen hatten der Bundeswahlausschuss und die Landeswahlausschüsse am 16. April 2004 (58. Tag vor der Wahl) zu entscheiden.

1) Siehe Namislo, D.: „Europawahl 2004“ in WiSta 4/2004, S. 391 ff.

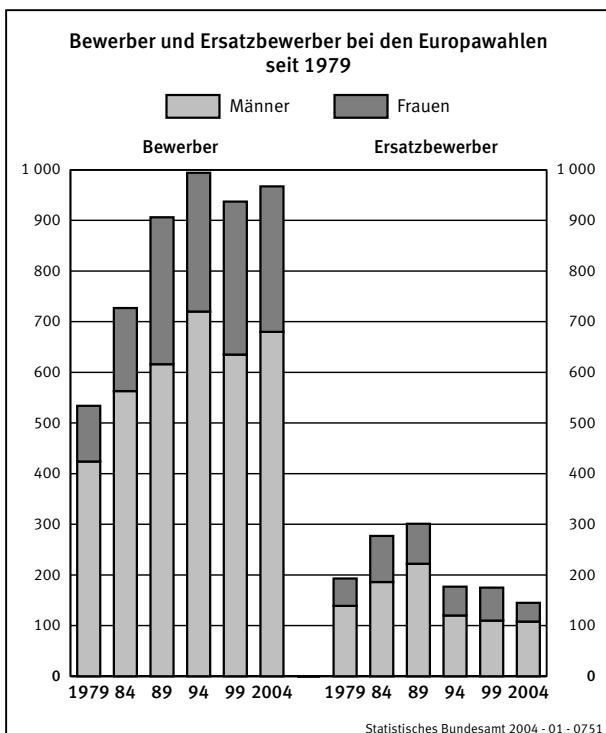
2) Siehe Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 13. Juni 2004, Heft 2 „Vorläufige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen“.

Tabelle 1: Zugelassene gemeinsame Listen für alle Länder und Listen für ein Land bei den Europawahlen seit 1979

Wahljahr	Zugelassene Wahlvorschläge		
	Gemeinsame Listen für alle Länder	Listen für ein Land	
		Anzahl	Partei
1979	7	10	CDU, CSU
1984	11	11	CDU, CSU, BP
1989	20	10	CDU, CSU
1994	23	17	CDU, CSU, FAMILIE
1999	19	18	CDU, CSU, BP, FAMILIE
2004	21	17	CDU, CSU, BP

Für die Europawahl 2004 wurden 24 Parteien und sonstige politische Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland zugelassen (1999: 23, 1994: 26, 1989: 22, 1984: 14, 1979: 9). Die Anzahl ist damit gegenüber der Europawahl 1999 leicht gestiegen und hat gegenüber 1979 fast das Dreifache erreicht. Lediglich fünf der 24 Parteien und politischen Vereinigungen hatten bereits an den fünf vorangegangenen Europawahlen teilgenommen, und zwar SPD, CDU, CSU, GRÜNE und FDP. 18 der 24 Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen, die bei der Europawahl am 13. Juni 2004 gewählt werden konnten, standen bereits 1999 auf dem Stimmzettel. Tabelle 1 zeigt, wie viele Bundes- und Landeslisten bei den sechs Direktwahlen zum Europaparlament in der Bundesrepublik Deutschland von den Wahlausschüssen zugelassen wurden. Erstmals nahmen bei einer Europawahl die Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit (AUFBRUCH), Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland Liste: Gegen Zuwanderung ins „Soziale Netz“ (Deutschland), DEUTSCHE PARTEI (DP) und Aktion unabhängige Kandidaten (Unabhängige Kandidaten) teil.

Schaubild 1



Die Zahl der Kandidaten hat sich – wie Schaubild 1 und die Tabellen 2 bis 4 zeigen – seit der ersten Europawahl 1979 erheblich erhöht. Verglichen mit der Europawahl 1999 ist sie gleich geblieben.

Tabelle 2: Bewerber auf gemeinsamer Liste für alle Länder bzw. auf der Liste für ein Land seit 1979

Wahljahr	Bewerber		
	insgesamt	Männer	Frauen
auf gemeinsamer Liste für alle Länder			
1979	385	292	93
1984	572	437	135
1989	771	525	246
1994	803	577	226
1999	739	501	238
2004	747	531	216
auf Liste für ein Land			
1979	149	132	17
1984	155	126	29
1989	135	91	44
1994	191	143	48
1999	198	134	64
2004	220	149	71
Insgesamt			
1979	534	424	110
1984	727	563	164
1989	906	616	290
1994	994	720	274
1999	937	635	302
2004	967	680	287

Die Zahl der Bewerberinnen stieg seit der Europawahl 1979 fast auf das Dreifache. Dieser starke Anstieg führte zu einer Erhöhung des Frauenanteils an den Bewerbern insgesamt von 20,6% (1979) über 22,6% (1984) auf 32,0% (1989), ging allerdings 1994 um 4,4 Prozentpunkte zurück auf 27,6%, um bei der Europawahl 1999 um 4,6 Prozentpunkte auf 32,2% anzusteigen. Bei der Europawahl 2004 lag der Anteil der Frauen bei 29,7% und damit um 2,5 Pro-

Tabelle 3: Ersatzbewerber auf gemeinsamer Liste für alle Länder bzw. auf der Liste für ein Land seit 1979

Wahljahr	Ersatzbewerber <sup>1)</sup>		
	insgesamt	Männer	Frauen
auf gemeinsamer Liste für alle Länder			
1979	119	82	37
1984	221	147	74
1989	255	191	64
1994	143	98	45
1999	150	92	58
2004	111	82	29
auf Liste für ein Land			
1979	74	57	17
1984	56	39	17
1989	46	31	15
1994	34	22	12
1999	25	18	7
2004	34	26	8
Insgesamt			
1979	193	139	54
1984	277	186	91
1989	301	222	79
1994	177	120	57
1999	175	110	65
2004	145	108	37

1) Ersatzbewerber, die nicht auch Bewerber sind.

zentpunkte unter dem Anteil der Frauen bei der Europawahl 1999. Bei den Ersatzbewerbern, die nicht auch Bewerber waren, veränderte sich der Frauenanteil von 28,0% (1979) über 32,9% (1984) und 26,2% (1989) auf 32,2% (1994). Die Europawahl 1999 wies mit 37,1% den höchsten und die Europawahl 2004 mit 25,5% den niedrigsten Frauenanteil unter den Ersatzbewerbern auf.

Insgesamt war der Anteil der weiblichen Kandidaten (Bewerber und Ersatzbewerber) 2004 um 3,9 Prozentpunkte geringer als bei der Europawahl 1999 (2004: 29,1%; 1999: 33,0%) und lag damit etwa auf dem gleichen Niveau wie 1994. Damals betrug der Anteil der weiblichen Kandidaten 28,3% (1989: 30,6%; 1984: 25,4%; 1979: 22,6%).

Tabelle 4: Bewerber und Ersatzbewerber bei den Europawahlen nach Geschlecht seit 1979

Wahljahr	Kandidaten				
	insgesamt		Frauen		
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Bewerber					
1979	534	424	79,4	110	20,6
1984	727	563	77,4	164	22,6
1989	906	616	68,0	290	32,0
1994	994	720	72,4	274	27,6
1999	937	635	67,8	302	32,2
2004	967	680	70,3	287	29,7
Ersatzbewerber <sup>1)</sup>					
1979	193	139	72,0	54	28,0
1984	277	186	67,1	91	32,9
1989	301	222	73,8	79	26,2
1994	177	120	67,8	57	32,2
1999	175	110	62,8	65	37,1
2004	145	108	74,5	37	25,5
Insgesamt					
1979	727	563	77,4	164	22,6
1984	1004	749	74,6	255	25,4
1989	1207	838	69,4	369	30,6
1994	1171	840	71,7	331	28,3
1999	1112	745	67,0	367	33,0
2004	1112	788	70,9	324	29,1

1) Ersatzbewerber, die nicht auch Bewerber sind.

### 3 Wahlberechtigte und Wähler

Verglichen mit der Bundestagswahl 2002 mit 61,4 Mill. Wahlberechtigten ist die Zahl der Wahlberechtigten bei der Europawahl 2004 auf 61,7 Mill. leicht gestiegen; darin enthalten sind allerdings nicht deutsche Unionsbürger<sup>3)</sup>, deren genaue Zahl bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt war (1999: rund 32 600), die sich von insgesamt rund 2,0 Mill. (1999: 1,6 Mill.) potenziell wahlberechtigten Unionsbürgern in das Wählerverzeichnis hatten eintragen lassen. Die Möglichkeit als Bürger eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union an der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland teilzunehmen, besteht erst seit der Europawahl 1994.

3) Nähere Einzelheiten hierzu siehe Namislo, D., a. a. O., S. 393.

4) 1979 und 1984 waren nur die im EG-Bereich (1979 ohne Spanien, Griechenland und Portugal, 1984 ohne Spanien und Portugal) lebenden Deutschen wahlberechtigt. Das Wahlrecht wurde zur dritten Europawahl 1989 auch auf Staaten außerhalb der EG erweitert. Nähere Einzelheiten hierzu siehe WiSta 3/1989, S. 150 und WiSta 4/2004, S. 392.

Bei den fünf vorangegangenen Direktwahlen zum Europäischen Parlament stieg die Zahl der Wahlberechtigten kontinuierlich von rund 42,8 Mill. (1979) über 44,5 Mill. (1984) auf 45,8 Mill. (1989); nach der deutschen Vereinigung erhöhte sie sich 1994 um die Wahlberechtigten aus den fünf neuen Ländern und Berlin-Ost auf 60,5 Mill. Bei der Europawahl 1999 stieg die Zahl der Wahlberechtigten auf 60,8 Mill.

Von den im Ausland lebenden wahlberechtigten Deutschen<sup>4)</sup> hatten sich nur rund 6 400 (1979: 7 000, 1984: 4 500, 1989: 7 500, 1994: 5 800, 1999: 5 300) zur Teilnahme an der Wahl in ein Wählerverzeichnis im Bundesgebiet eintragen lassen. Sie sind in der genannten Zahl der Wahlberechtigten ebenfalls enthalten.

Von den 61,7 Mill. Wahlberechtigten in Deutschland machten bei der sechsten Direktwahl des Europäischen Parlaments lediglich 26,5 Mill. von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Mit einer Wahlbeteiligung von 43,0% fiel das Wählerinteresse an der Europawahl 2004 etwas niedriger aus als bei der Europawahl 1999, die eine Wahlbeteiligung von 45,2% aufwies. Da die Wahlbeteiligung 1999 gegenüber früheren Europawahlen ganz erheblich zurückgegangen war (1994: 60,0%; 1989: 62,3%; 1984: 56,8%; 1979: 65,7%), scheint sich das Wählerinteresse bei Europawahlen auf einem niedrigen Niveau einzupendeln. Die Wahlbeteiligung 2004 war die niedrigste von allen bisherigen bundesweiten Wahlen. Ein Vergleich mit den Bundestagswahlen zeigt, dass das Interesse an nationalen Wahlen wesentlich höher ist. Die Wahlbeteiligung lag bei den letzten drei Bundestagswahlen jeweils bei etwa 80% (1994: 79,0%, 1998: 82,2%, 2002: 79,1%).

Die höchste Wahlbeteiligung hatten wie bei den vorangegangenen Europawahlen wieder die Länder Rheinland-Pfalz (58,3%) und Saarland (57,2%).

Ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt lag die Wahlbeteiligung in den Ländern Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen (zwischen 45,1% in Mecklenburg-Vorpommern und 53,7% in Thüringen). Diese im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt hohe Wahlbeteiligung dürfte auf die gleichzeitig durchgeführten Kommunalwahlen in diesen Ländern bzw. die in Thüringen gleichzeitig durchgeführte Landtagswahl zurückzuführen sein. Als einziges Bundesland mit gleichzeitig durchgeführter Kommunalwahl hatte Sachsen-Anhalt mit 42,0% eine unter dem Bundesdurchschnitt liegende Wahlbeteiligung. In allen Bundesländern außer Baden-Württemberg, wo die Wahlbeteiligung um 12,5 Prozentpunkte höher als bei der Europawahl 1999 war, lag die Wahlbeteiligung unter der der letzten Europawahl, und zwar zwischen 1,3 Prozentpunkten (Berlin) und 7,5 Prozentpunkten (Sachsen und Sachsen-Anhalt). Brandenburg als einziges der neuen Bundesländer ohne gleichzeitig durchgeführte Kommunalwahl bzw. Landtagswahl hatte wie bei der Europawahl 1999 die niedrigste Wahlbeteiligung aller Bundesländer mit 26,9%.

## 4 Ungültige Stimmen

Die Zahl der ungültigen Stimmen ist im Vergleich zur Europawahl 1999 um 1,3 Prozentpunkte gestiegen. Von den insgesamt 26 523 104 abgegebenen Stimmen waren 739 426 ungültig (2,8%); 1999 waren es dagegen 409 659 (1,5%). Dieser Anstieg der Zahl der ungültigen Stimmen dürfte kaum an den durch die große Anzahl von Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen (2004: 22, in Bayern 23) nach wie vor unhandlichen und langen Stimmzetteln liegen, da bereits 1999 23 Parteien und sonstige politische Vereinigungen zugelassen waren. Da auch 1999 in sechs Ländern zeitgleich mit der Europawahl Kommunalwahlen durchgeführt wurden, können auch die gleichzeitig mit der Europawahl 2004 in sechs Ländern erfolgten Kommunalwahlen sowie die Landtagswahl in Thüringen nicht allein maßgeblich für den Anstieg der Zahl der ungültigen Stimmen gewesen sein. Vielmehr drängt sich die Frage auf, ob nicht auch vermehrt absichtlich Stimmen ungültig abgegeben wurden.

Mit 6,7% ungültigen Stimmen lag Sachsen-Anhalt erheblich über dem Bundesdurchschnitt, gefolgt von den übrigen Bundesländern, in denen gleichzeitig Kommunalwahlen bzw. eine Landtagswahl stattfanden (hier lag die Quote zwischen 3,4% in Thüringen und 6,6% im Saarland). Diese im Vergleich zum Bundesdurchschnitt hohen Zahlen an ungültigen Stimmen dürften u. a. dadurch zustande gekommen sein, dass Verwechslungen bei den Stimmzetteln vorkamen. Brandenburg als, wie bereits erwähnt, einziges der neuen Bundesländer ohne gleichzeitig durchgeführte Kommunalwahl lag mit 2,0% ungültigen Stimmen um 0,8 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. In allen Bundesländern stieg die Zahl der ungültigen Stimmen an, zwischen 0,3 Prozentpunkten in Brandenburg und 3,2 Prozentpunkten im Saarland.

## 5 Gültige Stimmen

Bei der Europawahl 2004 betrug die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen 25 783 678 (1979: 27 847 109; 1984: 24 851 371; 1989: 28 206 690, 1994: 35 411 414; 1999: 27 059 273).

Davon erhielten:

	Anzahl	%
CDU .....	9 412 997	36,5
SPD .....	5 547 971	21,5
CSU .....	2 063 900	8,0
GRÜNE .....	3 079 728	11,9
PDS .....	1 579 109	6,1
FDP .....	1 565 431	6,1
Sonstige .....	2 534 542	9,8

Wie bereits bei der Europawahl 1999 ging die CDU mit 36,5% der Stimmen als stärkste Partei aus der Wahl hervor. Sie hatte damit einen um 15,0 Prozentpunkte höheren Stimmenanteil als die SPD, die nur 21,5% erreichte. Allerdings musste die CDU gegenüber der Europawahl 1999 Verluste von 2,8 Prozentpunkten hinnehmen. Der Stimmenanteil der CDU ging ausnahmslos in allen Bundesländern zurück. Die

Verluste lagen zwischen 0,3 Prozentpunkten im Saarland und 9,4 Prozentpunkten in Sachsen.

Die SPD musste Verluste von 9,2 Prozentpunkten hinnehmen; sie verlor in allen Bundesländern Stimmenanteile zwischen 4,2 Prozentpunkten in Mecklenburg-Vorpommern und 13,2 Prozentpunkten in Bremen.

Außer in Bremen, wo die SPD die meisten Stimmen erzielte, war die CDU in allen Bundesländern stärkste Partei. Bemerkenswert ist, dass die PDS in allen neuen Bundesländern mit Stimmenanteilen zwischen 21,7% in Mecklenburg-Vorpommern und 30,9% in Brandenburg noch vor der SPD lag und damit in diesen fünf Ländern als zweitstärkste Partei aus der Wahl hervorging.

Die CSU erreichte in Bayern 57,4% und damit 6,6 Prozentpunkte weniger als bei der Europawahl 1999. Sie verlor auf das Bundesgebiet gesehen 1,4 Prozentpunkte.

Die CDU konnte in keinem Bundesland die absolute Mehrheit für sich verbuchen. Bei der Europawahl 1999 war ihr dies in Schleswig-Holstein mit 50,5% und in Baden-Württemberg mit 50,9% gelungen. In Rheinland-Pfalz hatte sie 1999 die absolute Mehrheit mit 49,96% knapp verfehlt. Die CSU erhielt in Bayern bei der Europawahl 2004 mit einem Anteil von 57,4% mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen.

Die GRÜNEN verbesserten sich gegenüber der Europawahl 1999 um 5,5 Prozentpunkte. Sie erzielten in allen Bundesländern Stimmengewinne zwischen 2,3 Prozentpunkten in Mecklenburg-Vorpommern und 12,6 Prozentpunkten in Hamburg.

Die PDS erzielte bei der Europawahl 2004 einen Stimmenanteil von 6,1% und ist damit wie bereits 1999 (5,8%) im Europaparlament vertreten. Sie verzeichnete in allen Ländern außer in Hamburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, wo sie zwischen 0,5 und 2,6 Prozentpunkten verlor, und in Baden-Württemberg, wo ihr Stimmenanteil gleich blieb, Stimmengewinne zwischen 0,2 Prozentpunkten in Bayern und 5,1 Prozentpunkten in Brandenburg.

Die FDP erreichte ebenfalls einen Stimmenanteil von 6,1%. Sie überstieg damit erstmals seit der Europawahl 1989 die 5%-Grenze und ist ebenfalls im Europaparlament vertreten. Gegenüber der Europawahl 1999 erhielt sie 3,1 Prozentpunkte mehr. Sie gewann in allen Bundesländern Stimmenanteile hinzu, zwischen 1,9 Prozentpunkten in Baden-Württemberg und 4,0 Prozentpunkten in Nordrhein-Westfalen.

Alle sonstigen Parteien konnten 9,8% der Stimmen (1999: 5,4%) auf sich vereinigen. Der Anteil der kleinen Parteien vergrößerte sich damit gegenüber der Europawahl 1999 um 4,4 Prozentpunkte. Die REP erhielten 1,9%, die Tierschutzpartei 1,3%, die GRAUEN 1,2%, die FAMILIE 1,0%, die NPD 0,9%, Die FRAUEN und die ödp jeweils 0,6% und Deutschland 0,5%. Damit nehmen auch diese acht Parteien an der staatlichen Parteienfinanzung<sup>5)</sup> teil.

<sup>5)</sup> Nähere Einzelheiten hierzu siehe Gaspers, K.: „Europawahl 1994“ in WiSta 4/1994, S. 264.

Tabelle 5: Verteilung der Stimmen<sup>1)</sup> bei den Europawahlen seit 1979 im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 nach Ländern  
Prozent

Land	Wahljahr (EW = Europa- wahl, BW = Bundestagswahl)	Anteil der Stimmen <sup>1)</sup>					
		CDU/CSU <sup>2)</sup>	SPD	GRÜNE <sup>3)</sup>	PDS	FDP	Sonstige
Baden-Württemberg .....	EW 2004	47,4	19,6	14,4	1,1	6,8	10,7
	EW 1999	50,9	26,1	9,8	1,1	4,9	7,2
	EW 1994	42,0	26,6	13,2	0,5	5,2	12,6
	EW 1989	39,3	29,1	10,0	–	7,2	14,5
	EW 1984	50,9	27,3	10,1	–	7,1	4,6
	EW 1979	52,3	34,3	4,5	–	8,1	0,7
	BW 2002	42,8	33,5	11,4	0,9	7,8	3,6
Bayern .....	EW 2004	57,4	15,3	11,7	0,9	4,2	10,6
	EW 1999	64,0	21,6	6,1	0,7	1,9	5,7
	EW 1994	48,9	23,7	8,7	0,4	3,3	14,9
	EW 1989	45,4	24,2	7,8	–	4,0	18,6
	EW 1984	57,2	27,6	6,8	–	4,0	4,5
	EW 1979	62,5	29,2	2,9	–	4,7	0,8
	BW 2002	58,6	26,1	7,6	0,7	4,5	2,4
Berlin .....	EW 2004	26,4	19,2	22,8	14,4	5,3	12,0
	EW 1999	35,0	26,7	12,5	16,7	2,4	6,7
	EW 1994	28,4	28,1	14,3	15,9	3,2	10,1
	BW 2002	25,9	36,6	14,6	11,4	6,6	4,9
Brandenburg .....	EW 2004	24,0	20,5	7,8	30,9	4,7	12,1
	EW 1999	29,1	31,5	3,3	25,8	2,3	7,9
	EW 1994	23,4	36,9	4,6	22,6	2,7	9,8
	BW 2002	22,3	46,4	4,5	17,2	5,8	3,8
Bremen .....	EW 2004	28,0	30,5	22,3	3,7	6,3	9,3
	EW 1999	34,8	43,7	12,2	2,6	2,9	3,8
	EW 1994	28,0	40,7	16,0	2,1	4,6	8,6
	EW 1989	23,3	46,4	13,8	–	7,0	9,5
	EW 1984	31,0	48,0	11,9	–	4,5	4,6
	EW 1979	32,7	53,0	4,7	–	8,3	1,3
	BW 2002	24,6	48,6	15,0	2,2	6,7	2,9
Hamburg .....	EW 2004	36,7	25,3	24,6	2,8	5,5	5,2
	EW 1999	40,2	37,2	12,0	3,3	3,3	4,0
	EW 1994	32,1	34,6	18,4	1,4	3,7	9,7
	EW 1989	31,5	41,9	11,5	–	6,2	9,0
	EW 1984	36,6	42,0	12,7	–	4,9	3,8
	EW 1979	36,9	52,2	3,5	–	6,3	1,1
	BW 2002	28,1	42,0	16,2	2,1	6,8	4,8
Hessen .....	EW 2004	41,2	24,5	15,0	2,1	7,6	9,5
	EW 1999	47,3	34,5	8,0	1,6	3,9	4,8
	EW 1994	37,0	34,9	12,2	0,8	4,7	10,4
	EW 1989	33,3	40,5	9,9	–	5,5	10,9
	EW 1984	41,4	41,8	7,8	–	5,0	4,0
	EW 1979	44,8	45,4	2,8	–	6,2	0,8
	BW 2002	37,1	39,7	10,7	1,3	8,2	2,9
Mecklenburg-Vorpommern .	EW 2004	42,4	16,1	4,8	21,7	3,9	11,1
	EW 1999	45,4	20,3	2,5	24,3	1,3	6,2
	EW 1994	33,6	22,5	4,8	27,3	2,3	9,5
	BW 2002	30,3	41,7	3,5	16,3	5,4	2,8
Niedersachsen .....	EW 2004	45,5	27,8	12,1	1,8	6,3	6,4
	EW 1999	47,2	39,5	6,1	1,2	2,7	3,3
	EW 1994	39,7	39,6	9,8	0,7	3,9	6,3
	EW 1989	35,9	42,0	8,4	–	5,8	7,9
	EW 1984	43,0	40,5	8,2	–	4,9	3,3
	EW 1979	45,8	44,7	3,6	–	5,3	0,6
	BW 2002	34,5	47,8	7,3	1,0	7,1	2,2
Nordrhein-Westfalen .....	EW 2004	44,9	25,7	12,6	2,1	7,5	7,2
	EW 1999	47,3	37,3	7,1	1,3	3,5	3,4
	EW 1994	37,0	40,1	11,2	0,6	4,3	6,8
	EW 1989	35,7	43,6	7,9	–	5,7	7,1
	EW 1984	42,8	41,7	8,0	–	4,2	3,2
	EW 1979	45,8	44,6	3,0	–	5,8	0,8
	BW 2002	35,1	43,0	8,9	1,2	9,3	2,5
Rheinland-Pfalz .....	EW 2004	47,4	25,7	9,1	1,2	6,5	10,2
	EW 1999	50,0	35,2	5,2	0,8	3,7	5,2
	EW 1994	40,7	38,2	8,7	0,4	4,0	8,0
	EW 1989	38,7	40,2	7,3	–	5,7	8,0
	EW 1984	46,6	38,6	6,6	–	5,0	3,2
	EW 1979	49,2	41,1	2,4	–	6,4	0,9
	BW 2002	40,2	38,2	7,9	1,0	9,3	3,3

1) Bundestagswahl: Zweitstimmen. – 2) CSU nur in Bayern. – 3) 1979 unter der Bezeichnung „DIE GRÜNEN“ ohne Kurzbezeichnung teilgenommen.

noch Tabelle 5: Verteilung der Stimmen<sup>1)</sup> bei den Europawahlen seit 1979 im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 nach Ländern  
Prozent

Land	Wahljahr (EW = Europa- wahl, BW = Bundestagswahl)	Anteil der Stimmen <sup>1)</sup>					
		CDU/CSU <sup>2)</sup>	SPD	GRÜNE <sup>3)</sup>	PDS	FDP	Sonstige
Saarland .....	EW 2004	44,6	30,0	7,8	2,0	4,5	11,1
	EW 1999	44,9	41,3	5,0	1,0	2,1	5,7
	EW 1994	35,6	43,4	8,2	0,4	3,7	8,6
	EW 1989	34,5	45,3	6,2	–	4,8	9,2
	EW 1984	42,6	43,6	6,6	–	3,9	3,4
	EW 1979	46,4	44,0	2,4	–	5,8	1,5
	BW 2002	35,0	46,0	7,6	1,4	6,4	3,7
Sachsen .....	EW 2004	36,5	11,9	6,1	23,5	5,2	16,8
	EW 1999	45,9	19,6	2,7	21,0	2,3	8,5
	EW 1994	39,2	21,0	5,6	16,6	3,8	13,7
	BW 2002	33,6	33,3	4,6	16,2	7,3	5,1
Sachsen-Anhalt .....	EW 2004	34,3	18,5	4,5	23,7	5,6	13,5
	EW 1999	39,7	26,7	2,1	20,9	2,9	7,8
	EW 1994	30,1	27,9	5,7	18,9	4,7	12,6
	BW 2002	29,0	43,2	3,4	14,4	7,6	2,4
Schleswig-Holstein .....	EW 2004	47,0	25,4	13,2	1,8	6,3	6,3
	EW 1999	50,5	35,3	6,1	1,4	3,1	3,5
	EW 1994	40,6	35,5	11,9	0,7	3,8	7,5
	EW 1989	36,4	44,4	6,7	–	5,3	7,2
	EW 1984	44,4	39,9	8,2	–	4,5	3,0
	EW 1979	47,9	43,7	2,7	–	5,2	0,5
	BW 2002	36,0	42,9	9,4	1,3	8,0	2,4
Thüringen .....	EW 2004	37,8	15,4	5,5	25,3	4,2	11,8
	EW 1999	42,4	25,6	2,3	20,6	2,1	7,0
	EW 1994	35,8	26,0	6,0	16,9	4,3	11,0
	BW 2002	29,4	39,9	4,3	17,0	5,9	3,6
Deutschland ...	EW 2004	44,5 <sup>5)</sup>	21,5	11,9	6,1	6,1	9,8
	EW 1999	48,7 <sup>6)</sup>	30,7	6,4	5,8	3,0	5,4
	EW 1994	38,8 <sup>7)</sup>	32,2	10,1	4,7	4,1	10,2
	EW 1989 <sup>4)</sup>	37,8 <sup>8)</sup>	37,3	8,4	–	5,6	10,9
	EW 1984 <sup>4)</sup>	46,0 <sup>9)</sup>	37,4	8,2	–	4,8	3,7
	EW 1979 <sup>4)</sup>	49,2 <sup>10)</sup>	40,8	3,2	–	6,0	0,8
	BW 2002	38,5 <sup>11)</sup>	38,5	8,6	4,0	7,4	3,0

1) Bundestagswahl: Zweitstimmen. – 2) CSU nur in Bayern. – 3) 1979 unter der Bezeichnung „DIE GRÜNEN“ ohne Kurzbezeichnung teilgenommen. – 4) Ohne Berlin und die 5 neuen Bundesländer. – 5) Davon CDU: 36,5%, CSU: 8,0%. – 6) Davon CDU: 39,3%, CSU: 9,4%. – 7) Davon CDU: 32,0%, CSU: 6,8%. – 8) Davon CDU: 29,5%, CSU: 8,2%. – 9) Davon CDU: 37,5%, CSU: 8,5%. – 10) Davon CDU: 39,1%, CSU: 10,1%. – 11) Davon CDU: 29,5%, CSU: 9,0%.

Nach den Vorschriften des Parteiengesetzes über Grundsätze und Umfang der staatlichen Finanzierung (§ 18 PartG) erhalten Parteien, die nach dem endgültigen Ergebnis der Europawahl mindestens 0,5% der für Listen abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben, jährlich Mittel als Teilfinanzierung der allgemein ihnen nach dem Grundgesetz obliegenden Tätigkeit, und zwar

- 0,70 Euro für jede für ihre jeweilige Liste abgegebene gültige Stimme; für die von ihnen jeweils erzielten bis zu 4 Mill. gültigen Stimmen 0,85 Euro je Stimme und
- 0,38 Euro für jeden Euro, den sie als Zuwendung (eingezahlter Mitglieds- oder Mandatsträgerbeitrag oder rechtmäßig erlangte Spende) erhalten haben; dabei werden nur Zuwendungen bis zu 3 300 Euro je natürliche Person berücksichtigt.

Diese Regelungen gelten gemäß § 28 EuWG weitgehend auch für sonstige politische Vereinigungen, die sich an einer Europawahl mit eigenen Wahlvorschlägen beteiligt haben.

## 6 Sitzverteilung

Die 99 Abgeordneten aus der Bundesrepublik Deutschland wurden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher

und geheimer Wahl gewählt. Für die Verteilung der 99 Sitze waren die Stimmen für die Wahlvorschläge maßgebend, auf die mindestens fünf vom Hundert der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Stimmen entfielen (5%-Sperrklausel). In die Sitzverteilung wurden deshalb nur folgende Wahlvorschläge einbezogen:

- Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU),
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD),
- Christlich-Soziale Union in Bayern e. V. (CSU),
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE),
- Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) sowie
- Freie Demokratische Partei (FDP).

Folgende Wahlvorschläge blieben bei der Verteilung der Sitze unberücksichtigt, weil sie weniger als 5% der gültigen Stimmen im Wahlgebiet erhielten:

- Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland Liste: Gegen Zuwanderung ins „Soziale Netz“ (Deutschland)

- Aktion unabhängige Kandidaten (Unabhängige Kandidaten)
- Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit (AUFBRUCH)
- Bayernpartei (BP)
- Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)
- CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten (CM)
- Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
- DEUTSCHE PARTEI (DP)
- Deutsche Zentrumspartei – Älteste Partei Deutschlands gegründet 1870 (ZENTRUM)
- DIE GRAUEN – Graue Panther (GRAUE)
- DIE REPUBLIKANER (REP)
- FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS (FAMILIE)
- Feministische Partei DIE FRAUEN (DIE FRAUEN)
- Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei)
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
- Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)
- Partei Bibeltreuer Christen (PBC)
- Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale (PSG)

Im Gegensatz zur Wahl zum Deutschen Bundestag mit ihrem Mischsystem aus Mehrheitswahl (Erststimme: Persönlichkeitswahl im Wahlkreis) und Verhältniswahl (Zweitstimme: Listenwahl) erfolgt die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit nur einer Stimme.

Die Sitzverteilung erfolgt – wie bei der Bundestagswahl – nach dem System Niemeyer:

1. Stufe: Jede Partei erhält so viele Sitze, wie ihr nach dem Anteil der jeweils für ihre Bundesliste (gemeinsame Liste für alle Länder) bzw. für ihre verbundenen Landeslisten abgegebenen Stimmen an der Gesamtzahl der zu berücksichtigenden Stimmen zustehen.
2. Stufe: Für Parteien, die mit verbundenen Landeslisten an der Sitzverteilung teilnehmen, wird ein zweiter Rechengang erforderlich. Die Sitze der jeweiligen Partei werden auf ihre Landeslisten nach Maßgabe der Zahl der Stimmen für die einzelnen Landeslisten verteilt.

Schaubild 2

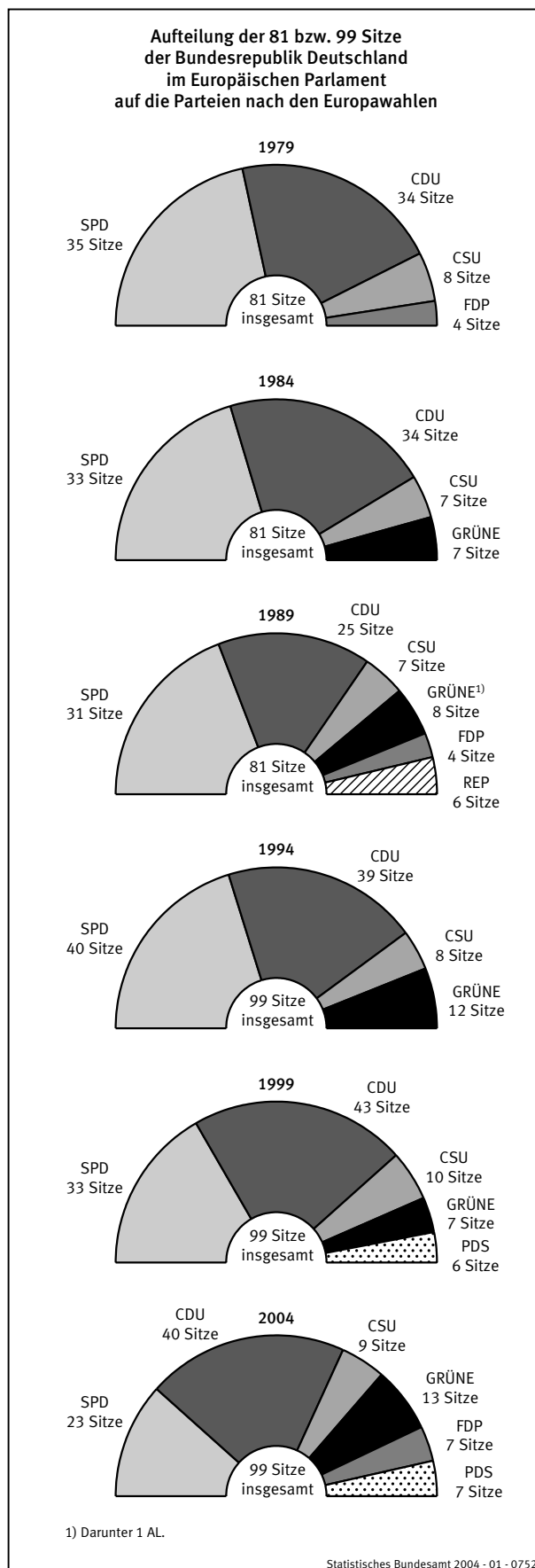


Tabelle 6: Sitzverteilung der bei den Europawahlen in das Europäische Parlament gewählten Abgeordneten aus der Bundesrepublik Deutschland

Partei	Europawahl											
	2004		1999		1994		1989 <sup>1)</sup>		1984 <sup>1)</sup>		1979 <sup>1)</sup>	
	Abgeordnete	dar.: Frauen	Abgeordnete	dar.: Frauen	Abgeordnete	dar.: Frauen	Abgeordnete	dar.: Frauen	Abgeordnete	dar.: Frauen	Abgeordnete	dar.: Frauen
CDU .....	40	8	43	12	39	10	25	5	34	4	34	3
SPD .....	23	9	33	14	40	17	31	11	33	8	35	7
CSU .....	9	2	10	4	8	2	7	1	7	1	8	1
GRÜNE ...	13	7	7	4	12	6	7	4	7	3	-	-
PDS .....	7	4	6	3	-	-	-	-	-	-	-	-
FDP .....	7	1	-	-	-	-	4	1	-	-	4	1
REP .....	-	-	-	-	-	-	6	1	-	-	-	-
AL .....	-	-	-	-	-	-	1	1	-	-	-	-

1) Einschl. der Berliner Abgeordneten.

Die konkrete Anwendung des Rechenverfahrens führt zu folgenden Ergebnissen:

1. Stufe: Verteilung der 99 Sitze für die Europawahlen 1994, 1999 und 2004 bzw. der 78 Sitze für die Europawahlen 1979, 1984 und 1989 auf die zu berücksichtigenden Parteien nach dem Ergebnis der für sie im ganzen Bundesgebiet abgegebenen Stimmen. Dabei ergab sich für 2004 und die fünf vorangegangenen Europawahlen folgende Sitzverteilung<sup>6)</sup>:

	2004	1999	1994	1989	1984	1979
CDU .....	40	43	39	24	32	32
SPD .....	23	33	40	30	32	34
CSU .....	9	10	8	7	7	8
GRÜNE ...	13	7	12	7	7	-
PDS .....	7	6	-	-	-	-
FDP .....	7	-	-	4	-	4
REP .....	-	-	-	6	-	-

2. Stufe: Verteilung der Sitze der CDU auf ihre Listen für ein Land nach dem Verhältnis ihrer Stimmen für diese Listen, wiederum nach dem System Niemeyer. Danach entfielen von den Sitzen der CDU<sup>6)</sup> auf:

	2004	1999	1994	1989	1984	1979
Baden-Württemberg .....	8	6	7	5	6	6
Berlin .....	1	1	1	-	-	-
Brandenburg .....	1	1	1	-	-	-
Bremen .....	-	-	-	-	-	-
Hamburg .....	1	1	1	1	1	1
Hessen .....	3	3	3	2	3	3
Mecklenburg-Vorpommern ..	1	1	1	-	-	-
Niedersachsen .....	5	5	4	4	5	5
Nordrhein-Westfalen .....	10	11	10	8	12	12
Rheinland-Pfalz .....	3	4	3	2	3	3
Saarland .....	1	1	1	1	1	1
Sachsen .....	2	3	3	-	-	-
Sachsen-Anhalt .....	1	2	1	-	-	-
Schleswig-Holstein .....	1	2	1	1	1	1
Thüringen .....	2	2	2	-	-	-

Die Sitzverteilung der in das Europäische Parlament gewählten 99 (1994, 1999 und 2004) bzw. 81 Abgeordneten (1979, 1984 und 1989) ist in Tabelle 6 dargestellt.

6) Die für 1979 und 1984 angegebenen Vergleichszahlen zur Sitzverteilung wurden nach dem für diese beiden Wahlen geltenden d'Hondtschen Höchstzahlverfahren vorgenommen. Dieses Verfahren wurde durch das System Niemeyer (Verhältnis der mathematischen Proportionen) für die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 18. Juni 1989 ersetzt.

Der Anteil der weiblichen Abgeordneten hat mit 31,3% bei der Europawahl 2004 gegenüber 37,4% bei der Europawahl 1999 erstmalig abgenommen. Bei den gewählten Abgeordneten der Europawahl 1979 waren die Frauen lediglich mit 14,8% vertreten; ihr Anteil stieg aber kontinuierlich bis zur Europawahl 1999 stark an (1984: 19,8%, 1989: 29,6%, 1994: 35,4%, 1999: 37,4%).

Der Anteil der in das 6. Europäische Parlament gewählten weiblichen Abgeordneten der PDS (57,1%) und der GRÜNEN (53,8%) liegt weit über dem Bundesdurchschnitt. Auch die SPD übersteigt mit 39,1% den Bundesdurchschnitt erheblich. CDU (20,0%), CSU (22,2%) und FDP (14,3%) weisen einen weit unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Frauenanteil auf. [u](#)

## Auszug aus Wirtschaft und Statistik

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2004

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Johann Hahlen  
Präsident des Statistischen Bundesamtes  
Verantwortlich für den Inhalt:  
Brigitte Reimann,  
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 20 86
- E-Mail: [wirtschaft-und-statistik@destatis.de](mailto:wirtschaft-und-statistik@destatis.de)

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage  
Part of the Elsevier Group  
Postfach 43 43  
72774 Reutlingen  
Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50  
Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35  
E-Mail: [destatis@s-f-g.com](mailto:destatis@s-f-g.com)

Erscheinungsfolge: monatlich



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

oder bei unserem Informationsservice  
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 24 05
- Telefax: +49 (0) 6 11/75 33 30
- E-Mail: [info@destatis.de](mailto:info@destatis.de)